

SO GESEHEN

US-ZÖLLE

Der Handelskrieger



VON FRIEDEMANN DIEDERICHS, BÜRO BERLIN

Donald Trump hat mit der Bekanntgabe von teilweise hohen weltweiten Strafzöllen die schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen. Während der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika die Entscheidung als „Befreiungstag“ feierte und glaubt, das Land so von internationalen Importeuren unabhängiger zu machen, scheint er die massiven Folgen seines handelspolitischen Amoklaufs völlig zu unterschätzen.

Fast alle Güter, die von außen in die Vereinigten Staaten kommen, dürften teurer werden – und das zu einer Zeit, wo die Bürger noch dabei sind, sich von der Inflations-Ära unter Joe Biden zu erholen. Gleichzeitig sorgt Trump für schwere Verwerfungen an den Finanzmärkten und nimmt in Kauf, dass für die heimischen Exporteure schwere Zeiten anbrechen.

Trump, dessen persönliche Wirtschaftskennntnisse sich auf Immobilienspekulationen und mehrere Konkurse beschränken, dürfte sich deshalb nicht an die Weisheit erinnern: Freier Handel funktioniert am besten, wenn es möglichst wenige Schranken wie beispielsweise Zölle gibt. Die EU ist bei diesem Aktivismus des Republikaners mit 20 Prozent noch deutlich besser weggekommen als beispielsweise das bei Trump verhasste China, auf dessen Produkte bei der Ankunft in die USA nun 34 Prozent Abgaben aufgeschlagen werden.

Politisch riskiert der US-Präsident mit diesen Zöllen viel: Denn steigt die Inflation bis zu den Kongress-Zwischenwahlen im kommenden Jahr deutlich, könnten eben jene Wähler die Trump-Partei verlassen, die noch 2024 an das Wahlkampfversprechen des Präsidenten von einem bald wieder erschwinglichen Leben geglaubt haben.

@ Den Autor erreichen Sie unter forum@infoautor.de

AN DER LEINE

Stefan Idel über Ungewöhnliches und Kurioses am Rande der Landespolitik in Hannover



Mucki-Mann auf der Messe

Keine Frage: Das Thema der Woche war zweifellos die Ankündigung von Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), sein Amt vorzeitig abzugeben. In den sozialen Medien sprudelte es geradezu vor Dankeschöns sowie Glückwünschen an den designierten Nachfolger Olaf Lies (SPD). Da postete die Berner SPD-Abgeordnete Karin Logemann ein Bild von der Weser-Ems-Gruppe der Sozialdemokraten vor der Heimvolkshochschule in Springe. Die Grünen-Fraktionschefs Anne Kura und Detlev Schulz-Hendel machten ein Foto über Dächern von Hannover, verbunden mit dem Wortspiel „Danke, Stephan, Weil...“. Ein Bilder-Potpourri aus der zwölfjährigen Ära Weil legte die Vareler SPD-Bundestagsabgeordnete Siemtje Möller an. Mal isst die 41-jährige Staatssekretärin Eis mit Weil, mal gibt's Tee. Das lustigste Bild zeigt Möller mit Oldenburgs Ex-Polizeipräsident Johann Kühme in einer alten Polizeisetta. Lies hält die Hände aufs Dach, als wollte er das Gefährt anschieben. Das Bild dürfte dem Automann gefallen.

informiert sich in Griechenland, und der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur ist in Schottland unterwegs. Da überrascht es, dass der Unterausschuss Tourismus mit Oliver Ebken (SPD/Cuxhaven) an der Spitze „nur“ nach Osnabrück fuhr. Die Friedensstadt ist vom 29. bis 31. August Gastgeberin des „Tags der Niedersachsen“.

Bereits Mitte März war der Unterausschuss Häfen und Schifffahrt nach Lissabon gereist. Die Abgeordneten informierten sich über maritime Logistik und das portugiesische Modell der Finanzierung von Hafenanlagen. Eine Überraschung gab's im Fischerhafen Sines. Dort wurden die Politiker an Bord des Segelschulschiffes „Gorch Fock“ empfangen. „Einfach spektakulär“, sagte Katharina Jensen (CDU) aus dem Wangerland. Die jungen Offiziersanwärter seien gerade vier Wochen auf hoher See gewesen und hätten mit ihrer Begeisterung für den Job alle angesteckt.

Mit seinen Muckis sorgt Ralf Moeller, einst „Mister Universe“, immer noch für große Augen. Nun war der 66-jährige Schauspieler auf der Hannover Messe zu Gast – allerdings nicht als Zuschauer, sondern als Akteur. Der „Gladiator“-Star warb für smarte Exoskelette des Medizintechnik-Unternehmens Otobock. Auch für Moeller hieß es: Pumpen leicht gemacht. @ Den Autor erreichen Sie unter Idel@infoautor.de

Die Welt ist zu Gast in der Landeshauptstadt: Aussteller aus mehr 60 Ländern zeigen auf der Hannover Messe ihre Produkte. Trotzdem zieht es viele Abgeordnete des Landtags diese Woche in die Ferne: Das Landtagspräsidium mit Hanna Naber (SPD) an der Spitze ist aktuell in Südafrika, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

SO SIEHT ES HARM BENGEN



ZEICHNUNG: HARM BENGEN

„Ich habe noch viele Ideen“

INTERVIEW Ex-FDP-Fraktionschef Christian Dürr über den Neustart seiner Partei

VON BIRGIT MARSCHALL, BÜRO BERLIN

ANWÄRTER AUF FDP-PARTEIVORSITZ



DPA-BILD: KAPPELER

Christian Dürr (47) war von 2021 bis 2025 Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag. Die niedersächsische FDP hat den Ganderkeseeer als neuen Bundesvorsitzenden nominiert. Am 16. und 17. Mai werden die Freien Demokraten einen neuen Vorstand wählen.

öffentlichen Wahrnehmung so, dass alles auf Christian Lindner ausgerichtet zu sein schien, das kam nicht von ihm. Das will ich ändern. Ich bin ein Teamplayer. Moderne Parteien brauchen eine breite, diverse Aufstellung von talentierten Köpfen.

Wer soll da neben den beiden FDP-Größen Wolfgang Kubicki und Marie-Agnes Strack-Zimmermann hinzukommen?

Dürr: Mein Ziel ist ein gut durchmischtes Team mit Jüngeren und Erfahrenen, mit Frauen und Männern, die für inhaltlichen Aufbruch stehen. Namen will ich noch nicht nennen.

Aus der Partei gibt es Kritik an der Verengung des Wahlkampfs auf Wirtschafts- und Finanzthemen. Wie wollen Sie die Partei inhaltlich breiter aufstellen?

Dürr: Ich sehe den Bedarf für ein drittes politisches Lager in der Mitte zwischen Rechts und Links. Bei Migration zum Beispiel sagt die linke Seite „alle rein“, die rechte „alle raus“. Wie brauchen eine vernünftige Reformkraft der Mitte, die sagt: Natürlich müssen wir einerseits die irreguläre Migration begrenzen, auf der anderen Seite aber die Zuwanderung von Fachkräften deutlich ausweiten. Zu uns kommen viel zu wenige qualifizierte Ausländer, und mehr als 250.000 Menschen haben unser Land allein 2023 aus Frust verlassen.

Noch einmal: Die letzten Wahlkämpfe der Freien Demokraten waren geprägt von zwei Botschaften: Schuldenbremse erhalten und keine Steuererhöhungen. Wie soll das künftig aussehen?

Dürr: Die Schuldenbremse bleibt richtig. Die Frage ist nur,

wie sie heute sinnvoll anzuwenden ist, denn sie beweist ja Flexibilität, wenn es notwendig ist. Wir haben selbst einen kreditfinanzierten Verteidigungsfonds vorgeschlagen, weil die Sicherheit und Verteidigung des Landes so wichtig geworden ist. Da sind wir nicht betonköpfig. Wir sind an dieser Stelle vielleicht als zu starr wahrgenommen worden. Wenn wir aber jetzt sehen, wie die Parteien der ehemaligen Mitte, CDU/CSU, SPD und Grüne, bei der Verschuldung alle nach links laufen, dann braucht es eine Partei, nämlich die FDP, die bei der Schuldenbremse gradlinig bleibt.

Und die weiterhin gegen jede Steuererhöhung ist?

Dürr: Deutschland ist ein Hochsteuerland. Die FDP wird keine Partei sein, die plötzlich für Steuererhöhungen wirbt, weil wir eine Wahlniederlage hatten. Wir sind nicht wie Friedrich Merz, der vor der Wahl das Gleiche gesagt hat wie wir und danach komplett umgefallen ist. Mit dem Brechen von Wahlversprechen macht Merz nur die AfD stark.

Das ganze Interview mit Christian Dürr lesen Sie online unter www.NWZonline.de/interview

Herr Dürr, Sie wollen FDP-Vorsitzender werden, sind aber als bisheriger Fraktionschef mitverantwortlich für die Wahlniederlage Ihrer Partei. Warum sind Sie der Richtige für den Neuanfang?

Christian Dürr: Ich kandidiere zum ersten Mal für ein höheres Parteiamt. Ich bringe politische Erfahrung mit. Für mich ist die Neuaufstellung nicht nur an einer Person festzumachen. Ich will ein Team aufstellen, das für die kommenden vier Jahre die FDP-Politik prägen wird.

Aber warum stehen Sie persönlich für den Neustart?

Dürr: Ich habe noch viele Ideen, die weit über die Regierungspolitik der Ampel hinausgehen. Mein Anspruch ist, dass die FDP die modernste Partei wird. Es gibt in der Mitte des Parteienspektrums zwischen Rechtsaußen und Links, also denjenigen, die wie SPD, Grüne und Linke komplett auf den Staat setzen, eine leere Stelle. Die Union fällt da mittlerweile aus.

Sie wollen die FDP künftig im Team führen. War die Führung bisher zu sehr auf Christian Lindner als Chef zugeschnitten?

Dürr: Zumindest war es in der

ZITAT DES TAGES



DPA-BILD: STACHE

„Diese Zahl löst nicht alle Probleme, die wir mit der Unterrepräsentanz von Ostdeutschland in Führungspositionen haben. Aber sie ist ein wichtiges Symbol und deswegen hoffe ich sehr, dass die Bundesspitzen der Parteien die Weisheit besitzen, die entsprechende Menschen zu suchen. Dann werden Sie sie auch finden.“

Dietmar Woidke (SPD), Brandenburgs Ministerpräsident, spricht sich dafür aus, dass mindestens ein Fünftel der Posten im neuen Bundeskabinett mit Ostdeutschen besetzt wird.